

Forderungen für Erneuerungsprozess der SPD

Name	Datum	Forderungen
Sebastian Schoberansky	01.11.2017	<ul style="list-style-type: none"> • Losverfahren für Postenbesetzung (in Anlehnung an das antike Griechenland) <ul style="list-style-type: none"> ○ Das dort in Teilen praktizierte Los-Verfahren sichert neben der Verbesserung der Legitimation von politischen Entscheidungen auch und vor allem eine gute Durchmischung der Ideen und Köpfe. Da Wahlen gerade in der SPD von Seilschaften und dem berühmten "roten Filz" belastet sind, wäre es eine elegante Lösung, zumindest einen Teil der Gremienmitglieder bzw. innerparteilichen Mandatsträger (z.B. 50%) per Los-Verfahren aus einem Kreis von Bewerbern zu bestimmen. Dies hätte, insbesondere bei relativ kurz laufenden Amtszeiten (1-2 Jahre), den Vorteil, dass jede und jeder die Chance hätte, in Gestaltungspositionen zu kommen und dort sich zu profilieren (z.B. für eine zukünftige Wahl der anderen 50%) und vor allem seine Ideen wirksam einzubringen. Eine Durchmischung (in Abhängigkeit von der Bewerberstruktur) wäre auf elegante Weise automatisch gegeben, ganz ohne auf bestimmte Merkmale abzielende (und damit die Nicht-Träger ausgrenzende) Quoten. Selbstverständlich sollte ggf. auch über etwaig zu erfüllende Bewerbungsvoraussetzungen je nach Verantwortungsstufe nachgedacht werden können, aber aus meiner Sicht als Coach würde damit eigentlich wieder das Entstehen von Denkblasen gefördert werden. Und da wollen wirklich sehr viele jetzt mal raus. • Die Abkehr vom neo-liberalen Staat, der die öffentliche Daseinsvorsorge vernachlässigt. Es ist sogar zu überlegen, ob nicht weitere Felder dieser Vorsorge zu den klassischen hinzukommen müssen. Zu denken wäre etwa an Verpflichtungen, Dienstleistungen zumindest mobil im ländlichen Raum anzubieten und Selbsthilfeinitiativen z.B. zur Mobilität staatlich zu fördern. • Die immer noch hohe Bedeutung von Arbeit relativieren, um nicht die aufgrund der Digitalisierung und Automation unweigerlich kommende Spaltung in "Arbeit habende" und "keine Arbeit habende" zu einem noch ernsteren gesellschaftlichen Problem werden zu lassen. <ul style="list-style-type: none"> ○ Die SPD als klassische Arbeiterpartei muss sich von dem Gedanken "Hauptsache ein Arbeitsplatz, egal wie beschissen der ist" verabschieden und mehr auf die Steigerung der Qualität von Arbeitsplätzen und die Entwicklung von Integrationskonzepten für "nicht Arbeit habende" setzen. Schon jetzt gibt es eine immer stärker werdende Bewegung von Konsum- und Leistungswahnverweigerern, Minimalisten, Food-Saver, Upcyclern, Selbstversorgern, Tiny-House-Bewohnern etc. Die SPD täte im Gegensatz zu ihrem derzeitigen Vorsitzenden gut daran, dieser ebenso denkbaren wie sinnvollen Antwort auf die ökologischen und ökonomischen Exzesse der Marktwirtschaft Aufmerksamkeit und Aufwertung zu schenken. Wenn wir die extrem übersteuerte Bedeutung von bezahlter Arbeit und dem anschließenden Konsum nicht endlich auf ein nüchternes Maß zurückdrehen, werden Menschen weiterhin extrem leicht manipulierbar

		<p>sein (und weiterhin die Praxen von Therapeuten und Coaches aufgrund von Burnout füllen).</p>
<p>Jan Müller</p>	<p>31.10.2017</p>	<p>Soziale Sicherheit</p> <ul style="list-style-type: none"> • Konzept für armutsfeste Grundrente. Wer gearbeitet hat, muss spürbar mehr bekommen als Grundsicherung. Nicht nur + 10%! • ALG Q weiter ausarbeiten und verlängern. • Familienarbeitszeit weiterverfolgen! • Ohne soziale Sicherheit gibt es keine innere Sicherheit. Dies gilt auch umgekehrt! <p>Innere Sicherheit als linkes Thema besetzen!</p> <ul style="list-style-type: none"> • Prävention ist wichtig. Soziale Arbeit ist wichtig. Genauso wichtig ist aber auch, dass die Menschen merken, dass irgendwann auch mal Schluss ist. „Three strikes and you are out“ zumindest für eine gewissen Zeit könnte so manche (jugendliche) Kriminalkarriere vielleicht in ihren Anfängen beenden helfen. Es gibt leider viel zu viele Beispiele, wo aus Überlastung, Überforderung oder falsch verstandener „Kuschelpädagogik“ viel zu spät gehandelt wird! • Polizei und Justiz vernünftig ausstatten. Das Vertrauen in das Funktionieren des Rechtsstaates ist elementar für eine demokratische Gesellschaft! Damit ist in der Vergangenheit nicht immer gut umgegangen worden (Kölner Silvesternacht / Fall Amri / Überforderung in Brennpunkten Marxloh / Neukölln...) • Einwanderung steuern! • Grenzen von Integration und Aufnahmebereitschaft benennen! Alles andere ist heuchlerisch und lässt anderen Raum, diese sicherlich unangenehme Diskussion zu führen bzw. die Agenda zu diktieren. Wenn die politische Linke hier weiter sprachlos bleibt, dann haben wir in Deutschland in spätestens 5 Jahren österreichische Verhältnisse. Wenn nicht sogar früher. • Integration einfordern und deutlich machen, was man erwartet. Keine falsche Toleranz gegenüber rückständigen kulturellen und religiösen Vorstellungen und Praktiken! Als Sozialdemokraten sollten wir stolz auf einen kritischen Blick auf alle religiösen Ansichten sein. Wir haben doch nicht jahrzehntelang gegen kirchliche Bevormundung und Diskriminierung gekämpft, um jetzt dem "politischen Islam" (als pol. Ideologie) wieder eine offene Bühne zu gewähren. Religion ist jedermanns und jederfraus Privatsache. Nicht mehr. Nicht weniger. Wir sind eine säkulare Bewegung: „Es rettet uns kein höh'res Wesen, kein Gott, kein Kaiser noch Tribun. Uns aus dem Elend zu erlösen können wir nur selber tun!“ • Konkrete Konzepte der Entwicklungsarbeit benennen! Dort deutlich mehr Geld investieren, um Bildung und Ausbildung vor Ort zu unterstützen. Mit deutlich weniger Geld, ist dort vielmehr zu erreichen, als hier in Menschen zu investieren, die sich nicht integrieren können oder wollen oder gar nicht den rechtlichen Status dafür haben. <p>Europa nicht weiter kaputt reden;</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wenn es realistisch ist, europäische Lösungen zu finden, ist das gut. Wenn das nicht absehbar ist, wäre es gut, dies auch so zu benennen und auf nationale Lösungen zu setzen! <p>Aktion rettet die Sozialdemokratie in Süd und Ost!</p>

		<ul style="list-style-type: none"> Was kann die Sozialdemokratie im Süden und Osten Deutschlands noch retten? Oder hat man sich mit dem Status der Mehrheitsbeschafferin bzw. Splitterpartei abgefunden? Gibt es da aus dem Nordwesten etwas zu lernen oder zu übertragen? <p>Parteistrukturen reformieren</p> <ul style="list-style-type: none"> Welche Strukturen brauchen wir noch? Thematische AG's zum Mitarbeiten für Mitglieder und Nicht-Mitglieder (z.B. Arbeit & Soziales / Umwelt / Integration / Europa...) Stammtische zur offenen Diskussion (Ein Angebot, bei dem ausnahmsweise mal kein Papier beschlossen, kein Delegierter gewählt, kein Wahlkampfstand besetzt werden muss...) Onlineformate jeglicher Art stärker ausprobieren. "Moderne" Veranstaltungsformate nutzen (Open Space etc...) Wie machen wir die SPD wieder interessanter? Wie schaffen wir eine bessere „Willkommenskultur“ für Neumitglieder jeden Alters, Geschlecht und Herkunft? Wie machen wir die SPD „bunter“ und wieder repräsentativer? Wie stärken wir die letzten Mohikaner in der Kommunalpolitik? Kommunales Engagement leistet etwas und ist etwas wert. Wird das gebührend gewürdigt und ggf. auch entschädigt bzw. bezahlt? (Lieber aus zwei Stadtbezirken einen machen und dafür die Bezirksbürgermeisterin mit vernünftigen finanziellen Ressourcen ausstatten.)
Lino Schneider-Bertenburg	30.10.2017	<ul style="list-style-type: none"> Glaubwürdige Politik für sozialdemokratische Grundwerte: ein starker Staat, Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Gesundheit, ein europäischer New Deal statt Privatisierungsideologie und ökonomisch unsinniger Sparpolitik."
Annelotte Pusback	26.10.2017	<ul style="list-style-type: none"> endlich die Basis einbeziehen Schluss mit dem Unter-den-Tisch-kehren von gut formulierten und begründeten Anträgen von der Basis frischer Wind durch neue, jüngere Köpfe.
Barbara Hüther	24.10.2017	<ul style="list-style-type: none"> Die Gremien und Spitzen sollten zu gleichen Teilen aus Männern, Frauen, Jungen, Alten, Seeheimern, Linken, Migranten, Arbeitern und Akademikern bestehen. Auf jeder Ebene muss die Gesellschaft abgebildet sein, nicht nur die studierten Seeheimer Männer, die bereits mehrere Legislaturperioden hinter sich haben. Wir brauchen eine deutliche Positionierung als linke Volkspartei, also mehr Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Mietern, Arbeitslosen.
Alexander Braun	24.10.2017	<ul style="list-style-type: none"> SPD for the many, not the few. Die SPD muss eine echte Mitmachpartei werden, die im 21. Jahrhundert angekommen ist und visionäre Antworten auf aktuelle Fragen hat. Darum müssen inhaltliche und personelle Entscheidungen von den Mitgliedern gefällt werden.
Ernst Felix-Rüdel	23.10.2017	<ul style="list-style-type: none"> Mehr Mut zu visionären Ansätzen: Ein Zukunftsplan gegen Armut
Harald Greiner	22.10.2017	<ul style="list-style-type: none"> Mein Anspruch ist Erneuerung von unten. Durch Mitglieder, durch Ortsvereine, durch Unterbezirke und Kreisverbände. Erneuerung von oben bringt vielleicht glänzende Fassaden, aber keine Inhalte, die von der Partei getragen werden. Nicht nur die Repräsentanten an den Schaltstellen sind die Partei, sondern wir alle - gerade wir unten an der Basis sind die Partei.

York Töllner	19.10.2017	<ul style="list-style-type: none"> Die SPD braucht als Vertreterin der Arbeitnehmer*innen mehr von uns im Bundestag und den Landtagen, in der Vergangenheit wurden immer mehr Akademiker*innen entsendet und das hat zu einer Entfernung von der Basis geführt.
Robin Leger	19.10.2017	<ul style="list-style-type: none"> ich erwarte von der Neuaufstellung der SPD, dass die angekündigten 'Regionalforen' keine Beruhigungsspielle werden, sondern dort intensiv über eine inhaltliche, organisatorische und personelle Neuaufstellung diskutiert werden kann. Dabei gehören Inhalte an die erste Stelle. Wir brauchen endlich linke Antworten auf die Fragen des 21. Jahrhunderts. Zudem erhoffe ich mir, dass man zukünftig nicht mehr zuerst aus der Presse erfährt, wer welches Amt bekommen soll.
Dirk Ebert	18.10.2017	<ul style="list-style-type: none"> Für wirklich soziale Reformen in unserem Land, die diesen Namen auch verdienen. Weg mit der sozialen Schlagseite der Agenda 2010, für die Bürgerversicherung und wirksame Maßnahmen zur Stabilisierung des Rentenniveaus bei mind. 50%.
Michael Engelhardt	18.10.2017	<ul style="list-style-type: none"> SPD soll sich wieder mehr ihrer klassischen Klientel nähern, nämlich den abhängig Beschäftigten und den gesellschaftlich Benachteiligten. Besonderes Augenmerk sollte auf den Abgehängten liegen, bei denen Brandstifter einen guten Nährboden finden. Diese Menschen benötigen vor Allem Eines...ihre Menschenwürde zurück. Dies erreicht man nicht durch Sozialleistungen, sondern durch gesellschaftliche Teilhabe. Statt ihnen Sozialleistungen zu geben, mit denen sie ein angeblich würdiges Leben führen können, sollte man ihnen sozialversicherungspflichtige Arbeit geben. Das sollte möglich sein, wenn man die Aufteilung der Sozialleistungen zwischen Bund und Kommunen beseitigt und den Kommunen von staatlicher Seite das Geld zur Verfügung stellt, um Arbeitsplätze, die dem Gemeinwohl dienen, zu finanzieren.
Michael Höntsch	18.10.2017	<ul style="list-style-type: none"> Eine erneuerte SPD, liebe Andrea, bedarf der vollständigen Emanzipation von Peter Hartz und seinen Vollstreckern.
Kim Schicklang	18.10.2017	<ul style="list-style-type: none"> Viele Menschen machen sich Gedanken darüber, wie die Sozialsysteme fairer werden können. Die SPD muss dort die Moderationsrolle übernehmen. Wir brauchen Orte für Diskurs, mit allen Menschen im Land.
Luca Klöckener	17.10.2017	<ul style="list-style-type: none"> Maximalforderungen statt Minimalforderungen. Mehr Corbyn anstatt mehr Blair wagen. Basisdemokratie statt Parteitagdemokratie.
Daniele Cipriano	15.10.2017	<ul style="list-style-type: none"> Jetzt trotz erfolgreicher Wahl in Niedersachsen den Druck auf die Erneuerung nicht nachgeben. Weitermachen!
Charlotte Wallat		<ul style="list-style-type: none"> Gremien und Parteitage brauchen eine Quote von Nicht-Mandatsträgern, damit es keinen Verlust zu den Vorstellungen der Basis Partei gibt Internetplattformen schaffen, die den Austausch und inhaltlichen Diskurs zwischen Basismitgliedern und dem Bundesvorstand fördern. Gremien und Parteitage brauchen eine Quote von Nicht-Mandatsträgern, damit es keinen Verlust zu den Vorstellungen der Basis Partei gibt. Über Spitzenkandidaten und Abgeordnete sollten Mitgliedern über Internetplattformen abstimmen, damit keine Vorentscheidungen von Vorständen und Interessengruppen entstehen.



		<ul style="list-style-type: none">• Regelmäßige thematische Foren der Bundespartei mit Basismitglieder sollten eingeführt werden.• Klare Soziale Ausrichtung nach außen auch außerhalb des Wahlkampfes durch Plakatkampagnen, Werbespots und Social Media Arbeit, um die Bevölkerung über die Positionen und Werte der Partei zu informieren.
Thomas Hilpp	15.10.2017	<ul style="list-style-type: none">• Man darf nicht nur Gerechtigkeit auf Plakate drucken sondern muss Gerechtigkeit vor Ort einfordern. Z.B. mit Ständen vor großen Bekleidungsketten (wie H&M, Primark etc., die ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausbeuten und die Produktion in armen Ländern zu Dumpinglöhnen unterstützen), vor Banken (z.B. Der Deutschen Bank) und Rüstungsfirmen etc.• Raus auf die Marktplätze und Wochenmärkte auch außerhalb von Wahlzeiten. Mit den Menschen diskutieren. Kandidatinnen und Kandidaten sollen nicht nur vor Wahlen präsent sein, sondern sich auch regelmäßig an solchen Ständen zeigen.• Junge Politikerinnen und Politiker heranziehen und sie für höhere Aufgaben qualifizieren, die immergleichen Gesichter der letzten Jahre müssen durch neue und unverbrauchte Frauen und Männer ersetzt werden.• Zusammenarbeit in Bündnissen, auch wenn dort vielleicht Gruppierungen dabei sind, die einem nicht so nahe sind, z.B. Friedensbewegung, DKP, Autonome..... Es geht um das Ziel und die Frage mit wem zusammen man dieses erreichen kann.• SPD, Linke und Gewerkschaften müssen endlich an einem Strang ziehen.• Abkehr von der Agenda Politik, die alles kaputt gemacht hat und ein ehrliches Mea Culpa.• Mitgliederinnen und Mitglieder mehr beteiligen. Parteitage nicht in Hinterzimmern vorbereiten. Debatten mit den Mitgliedern führen auch wenn es weh tut.• Echte Demokratie. Aufhebung des Fraktionszwangs bei Abstimmungen im Bundestag. Das sehen und registrieren auch die Menschen im Land.
Bernhard Bergler	13.10.2017	<ul style="list-style-type: none">• Direktwahl des Vorsitzes bis spätestens zum Parteitag 2019.• Einführung von Briefwahl bei Mitgliederversammlungen des Ortsvereines/ der Abteilungen bis Ende 2018.• Quotierung in dem Sinne, dass in einem Gremium nicht über 10 Jahre immer dieselben Personen sitzen, sondern eine Balance zwischen Neuen und Erfahrenen in Gremien.• Schaffung einer SPD International, damit Mitglieder außerhalb Deutschlands die gleichen Rechte und Pflichten wie Mitglieder innerhalb Deutschlands bekommen. Sie sollen auch die Möglichkeit haben, Anträge zu stellen oder Delegierte zu stellen.• Mehr Rechte für Parteimitglieder: Mitglieder sollten das Recht haben Statuten, Geschäftsordnungen, Listen der personellen Zusammensetzung von Gremien etc. einzusehen.• Geringere Mitgliedsbeiträge SPD und DL21 anbieten: geringere Beitragskategorien einführen. Die SPD hat auch den Kontakt zu vielen Menschen verloren, weil ihre Mitgliedschaft immer akademischer und besserverdienender wurde. Wie soll sich eine alleinerziehende Mutter mit

		Hartz 4 den Mitgliedsbeitrag leisten können? Wir müssen uns auch sozial öffnen und die Hürde Beitragszahlung überwinden.
Konrad Wilczynski	13.10.2017	<ul style="list-style-type: none"> • Mehr Gemeinwohlorientierung, gegen den Sachzwang von Privatisierung und Liberalisierung von Verkehr, Gesundheit/Pflege, Bildung/Erziehung Post/Telekommunikation und Arbeit. Rekommunalisierung und Resozialisierung von Post, KITAS und des Fernverkehrs. • Mehr Demokratie innerhalb der Partei durch halbjährliche Präsentationen des Rechenschaftsberichtes durch die Vorstände der AG's, AK's und der Gliederungen und mehr Mitspracherecht bei politischen, strukturellen und personellen Entscheidungen außerhalb z.B. Demokratisierung der Wirtschaft durch die Beschäftigten und Verbraucher*innen des Sozialen z.B. in der Arbeitsvermittlung und Sozialversicherung. Gegen Sanktionen des Arbeitslosengeld. • Mehr Solidarität mit Geflüchteten, Jugend, Prekär Beschäftigten, Arbeitslosen, Senior*innen und Obdachlosen.
Moritz Weegen	12.10.2017	<ul style="list-style-type: none"> • wieder enger mit Gewerkschaften und Arbeitnehmerverbänden zusammenarbeiten und ihre Interessen vertreten • ArbeitgeberInnen abverlangen, einen Lohn zu zahlen, von dem man leben kann. • Generell muss finanzielle Umverteilung von oben nach unten erfolgen, insbesondere dort, wo die finanziell Stärkeren unverhältnismäßig stark profitieren. • eine stärkere, selbstverständlich politisch neutrale, Bildung an Schulen fordern, die auch das Interesse an Politik und Demokratie weckt. Zusätzlich dazu müsste die SPD ihre Positionen stärker und präsenter in öffentlichen Veranstaltungen bürgernah darlegen, diskutieren und darstellen, warum wir uns diesen Positionen verbunden fühlen. Dabei sollten insbesondere junge Menschen für solche Veranstaltungen gewonnen werden.
Hans Dötsch	12.10.2017	<ul style="list-style-type: none"> • Schluss mit Agenda 2010, klar und deutlich. • Schluss mit öffentlich-privaten Projekten. • Eine Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen. • Die Daseinsvorsorge muss öffentlich bleiben und ausgebaut werden. • Eine Mitbestimmung, die diesen Namen auch verdient, also Gleichgewicht von Arbeit und Kapital. • Tarifverträge müssen allgemein verbindlich werden. • Öffentliche Betriebe sind zu fördern. • Landes- und Bundesbeteiligungen sind unbedingt zu halten. • Wir müssen uns wieder darauf besinnen, wie wertvoll Genossenschaften sind. • Wir brauchen eine Steuerreform, die die "Superreichen" höher besteuert und Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen entlastet. • Wohnraum darf kein Luxusgut werden. • Die Rente muss zum Leben reichen.
Sascha Guessmann	12.10.2017	<ul style="list-style-type: none"> • Die SPD muss wieder für die Arbeiterklasse eintreten. Und das nicht nur nebenbei, sondern aus vollster Überzeugung wie damals.

		<ul style="list-style-type: none"> • Die Partei Die Linken nicht schlechtmachen. • Mehr Bürgernähe der Partei und die Versprechen offen anpacken und durchziehen. • Mit der Agenda brechen. Und das in der Öffentlichkeit! • Die SPD muss ihre Arbeit transparent gestalten, damit die Wähler sehen, was sie wählen und was für sie gemacht wird. • Gerechte Rentenpolitik • Man muss einen Weg finden, dass die erstarkende Wirtschaft auch zu einem besseren Leben der Bürger führt.
Harald Weber	11.10.2017	<ul style="list-style-type: none"> • Hartz Vier uns seine Sanktionspraxis beenden.
Janine Millington	11.10.2017	<ul style="list-style-type: none"> • Mediane Einkommen sowie Aufwendungen für Wohnen als primäre Bezugsgröße zur Veranschaulichung von Ist-Zustand und Zielen bei allen programmatischen Überlegungen
Petra Metzger	11.10.2017	<ul style="list-style-type: none"> • Gleiches Recht für alle! Antragsfristen müssen auch für den Parteivorstand gelten.
Dr. Till Mueller-Heidelberg	11.10.2017	<ul style="list-style-type: none"> • Es muss auf dem Parteitag über den gestellten Antrag (!) abgestimmt werden und nicht über die Empfehlung der Antragskommission. Die hat eine Meinung, die der Parteitag zur Kenntnis zu nehmen und zu würdigen hat, aber es muss doch eine Selbstverständlichkeit sein, dass abgestimmt wird über den ursprünglichen Antrag.
Dominic Schneider	11.10.2017	<ul style="list-style-type: none"> • Mehr Demokratie wagen! Arbeitnehmermitbestimmung in den Betrieben stärken und ausbauen!
Robert Kreklau	11.10.2017	<ul style="list-style-type: none"> • Einführung einer Mindestrente mindestens in Höhe des "unpfändbaren Existenzminimum"; • Reform der "Entgeltumwandlung": Beteiligung der Arbeitgeber in Höhe der bislang eingesparten AG-Anteile an der Sozialversicherung zur Wahrung der Parität; • Umsetzung der Forderungen unseres Regierungsprogramms zur BTW 2017, vor allem in puncto Steuerreform, Rentenreform, Bürgerversicherung; • Stärkung der Basis durch direkte Beteiligungsmodelle (online) für alle Mitglieder.
Klaus Kappes	10.10.2017	<ul style="list-style-type: none"> • Rentenalter bei 65 Jahren belassen. Keine Absenkung des Rentenniveaus von heute 51% auf 44% im Jahr 2030, weil das Armut im Alter bedeuten würde. Viele Rentner und ein Teil der Bevölkerung wäre auf staatliche Unterstützung im Alter angewiesen. Dieses würde dann die Kommunen belasten. Das ist nicht in Ordnung, • Verzicht auf "scheinbare" Beitragssenkungen. Stattdessen muss eine Demografie – Rücklage gebildet werden, denn eine Rentenniveauabsenkung ist keine Lösung für jetzt und in der Zukunft.
Fabian Budde	10.10.2017	<ul style="list-style-type: none"> • Als Arbeiterpartei müssen wir den Kontakt zu den Gewerkschaften intensivieren und uns mit ihnen gemeinsam um die Belange der ArbeitnehmerInnen kümmern



Marko Vidakovic	10.10.2017	<ul style="list-style-type: none">• Die SPD muss wieder glaubhaft die Schwächsten und Ärmsten vertreten. Kein bloßes Rumgedoktere an der Agenda-Politik, sondern eine echte Antwort auf die sozialen Belange unserer Zeit!
Philipp Weis	10.10.2017	<ul style="list-style-type: none">• Bundesparteitage sollten am Wochenende stattfinden, sodass ArbeitnehmerInnen teilnehmen können!
Katharina Salote Stier	10.10.2017	<ul style="list-style-type: none">• Mehr Digitalisierung wagen, um Antragsverfahren transparent zu machen und die Vernetzung von Mitgliedern zu fördern.
Holger Schön	10.10.2017	<ul style="list-style-type: none">• Das Delegiertenmandat muss weitestgehend imperativ und transparent sein! Delegierte müssen sich NACH einem Parteitag der Wiederwahl stellen.
Ralph T. Niemeyer	10.10.2017	<ul style="list-style-type: none">• Wir müssen wieder etwas mehr Basis-Demokratie wagen.